

Kontrolle von Holzimporten in die EU

Gemeinsame Erklärung von Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen NGOs 2004

Diese öffentliche Erklärung stellt dar, was nach Ansicht der unterzeichnenden Organisationen auf europäischer Ebene als Teil des EU Prozesses zur "Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor" (FLEGT) getan werden müsste, um den Import von Holz illegaler Herkunft in die EU und die illegalen Machenschaften der EU Holzindustrie zu verhindern.

Obwohl diese Erklärung ihren Fokus auf illegalen Holzeinschlag richtet, ist es uns wichtig darzulegen, dass legaler oft sehr eng mit illegalem Holzeinschlag verknüpft ist, und dass selbst legaler Holzeinschlag sehr zerstörend wirken kann. Der Aspekt der Illegalität des gegenwärtigen Holzhandels ist lediglich ein Teil eines weit umfassenderen Problems der Holzindustrie, die größtenteils unfähig ist, sich selbst zu regulieren und gleichzeitig im großen Stil Wald/Urwald und den Lebensraum von Völkern zerstört. Aktionen mit dem Schwerpunkt Illegalität können daher nicht getrennt von Aktionen betrachtet werden, die weitere Aspekte der illegalen Holzeinschlagspraktiken ansprechen. Es ist letztendlich die Frage der ökologisch verträglichen und sozial gerechten Forstwirtschaft, die thematisiert werden muss. Da viele Wald bezogene Regime unternehmerisches Fehlverhalten zulassen ja sogar fördern und die Rechte der Völker, deren Leben vom Wald abhängig ist, verleugnen, ist es unerlässlich ja lebensnotwendig, dass die FLEGT Initiative keine unzureichenden Gesetze unterstützt.

EINFÜHRUNG

Als eine der größten Importeure von illegalem Holz und Holzprodukten hat die Europäische Union, die über europäische Holzfirmen sehr mit dem Handel in Verbindung gebracht wird, die Macht und die Pflicht, diese Aktivitäten einzuschränken. In internationalen Foren haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich wiederholt dazu verpflichtet, die illegale Ausbeutung und den illegalen Handel mit Holz und Holzprodukten zu stoppen und ein nachhaltiges Forstwirtschaftsmanagement zu fördern.

In dem Aktionsplan, der im Mai 2003 vorgelegt wurde, schlägt die Europäische Kommission eine Vorgehensweise vor, die aus einem Netzwerk von Maßnahmen besteht, um illegalen Holzeinschlag in Holz produzierenden Ländern über ein freiwilliges Genehmigungssystem zu stoppen und um sicher zu stellen, dass nur legales Holz in die EU eingeführt wird. Das Genehmigungssystem soll durch freiwillige Partnerschaften mit den Produktionsländern gestaltet werden. Die Europäische Kommission wird noch zusätzliche rechtliche Möglichkeiten prüfen, um Importe von illegal eingeschlagenem Holz in die EU zu kontrollieren.

Wir fordern nachdrücklich von der EU:

1. EINFÜHRUNG EINER NEUEN GESETZGEBUNG, DIE DIE IMPORTE ALLER ILLEGAL BEZOGENEN HÖLZER UND HOLZPRODUKTE IN DIE EU GESETZLICH VERBIETET

Damit der FLEGT Aktionsplan erfolgreich sein kann, darf es sich, unserer Ansicht nach, nicht auf freiwillige Maßnahmen beschränken. Daher appellieren wir an die Europäische Union ein neues verbindliches Gesetz zu erarbeiten und einzuführen, um Importe von illegal bezogenem Holz und Holzprodukten, ungeachtet des Herkunftslandes, zu verbieten.

Das Gesetz muss den Vollzugsbeamten der EU die rechtlichen Möglichkeiten geben, Holz aus illegalen Quellen zu beschlagnahmen und die europäischen Firmen und Einzelpersonen, die für den Handel verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen. Ebenso muss es für allgemeine Interessensgruppen die Möglichkeit geben, Fälle vorzubringen und als dritte Partei aufzutreten.

Dadurch würde die EU den Prozess unterstützen, die Belastung der Verantwortung für illegale Praktiken mit den Herkunftsländern zu teilen und den Europäischen Markt für illegale Produkte unzugänglich machen.

2. UNTERSTÜTZUNG DER FREIWILLIGEN PARTNERSCHAFTS-VEREINBARUNGEN

Bilaterale und regionale Vorgehensweisen haben eine Schlüsselfunktion im Kampf gegen illegalen Holzeinschlag. Die Verhandlungen dieser Vereinbarungen müssen alle Interessensparteien in Herkunfts- und Zielländern zusammenbringen, um Lösungen zu erarbeiten und eine verantwortungsvolle Forstwirtschaft zu fördern.

Für effektive und rechtmäßige Maßnahmen sollten die Partnerschaftsvereinbarungen folglich:

- Entwickelt sein durch eine breitgefächerte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Richtung einer kommunalen Forstwirtschaft.
- Ausgerichtet sein auf die Schaffung öffentlicher Verantwortlichkeiten und Transparenz bezüglich des Managements natürlicher Ressourcen.
- auf einer angemessenen Bewertung der nationalen Waldgesetzgebung und der anderen relevanten Gesetze aller beteiligten Länder basieren (eingeschlossen die Umweltgesetze, Menschenrechte, Gesetze, die die Besitzverhältnisse betreffen u. a.)

Diese Forderungen sind in vollkommener Übereinstimmung mit den Forderungen des EU Rates¹. Erst wenn es in den Produktionsländern eine Vereinbarung über das Verfahren gibt und anschließend auch darüber, was illegales Holz ausmacht, kann ein effektives Lizenzvergabesystem, das legales Holz auszeichnet, eingerichtet werden.

¹ Rat der Europäischen Union (2003). Mitteilung der Kommission an den Rat und das EU Parlament zur "Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor" (FLEGT): Vorschlag für einen EU Aktionsplan.

3. ÜBERPRÜFUNG UND EINBRINGUNG VON UMWELTSCHUTZASPEKTEN IN DIE BEREITS BESTEHENDE NATIONALE UND EUROPÄISCHE GESETZGEBUNG

Für die Zeit bis zur Einführung und Durchsetzung der oben geforderten Maßnahmen, empfehlen wir den europäischen Regierungen, mit konkreten Aktionen auf der nationalen Ebene zu beginnen und die bereits bestehenden nationalen Rechtsbestimmungen zu novellieren.

- EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen müssen Richtlinien zur Beschaffung legaler Güter entwickeln und eine verantwortungsbewusste Forstwirtschaft fördern.
- EU-Mitgliedsstaaten müssen die gesetzlichen Möglichkeiten für Geldwäschepraktiken eindämmen, z.B. unter Einbezug von Umweltverbrechen wie illegalem Holzeinschlag und illegaler Holzhandel in die nationale und europäischer Gesetzgebung.
- EU-Mitgliedsstaaten müssen daran arbeiten, weitere Holzarten auf die Liste des Washingtoner Artenschutzabkommens (CITES) und die EU Regulation 338/97 zu setzen, sowie die Holz produzierenden Länder auffordern, weitere Holzarten in den Anhang III von CITES einzustufen.
- EU-Mitgliedsstaaten müssen für ausreichende Mittel für die Zollbehörden sorgen. Auf europäischer Ebene sollte eine Arbeitsgruppe für Umweltverbrechen eingerichtet werden. Diese sollte alle kompetenten Experten und Ministerien in die gemeinsame Arbeit auf nationaler Ebene mit einbeziehen und über Europol und Eurojust koordiniert werden.
- Viele in der EU verankerte Firmen sind stark in den Handel mit Holz illegaler Herkunft involviert und viele europäische Finanzinstitutionen sind wiederum in deren Finanzierung eingebunden. Die EU muss daher, als ersten Schritt, dringend dahin tätig werden, dass keinerlei Geld von EU-Steuerzahlern dafür eingesetzt wird, illegalen Holzeinschlag zu subventionieren und, als zweiten Schritt, verbindliche Standards für Finanzinstitutionen wie Exportkreditagenturen und private und öffentliche Banken ausarbeiten.

Die unterzeichnenden NGO mahnen eindringlich die oben beschriebenen Forderungen zu unterstützen.

Wenn die Europäische Union es versäumt sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um den Markt für illegales Holz zu schließen und die Forstwirtschaftsreform und ein verantwortungsbewusstes Forstmanagement zu fördern, dann wird der illegale und zerstörerische Holzeinschlag weiter fortbestehen mit der Folge, das Wälder/Urwälder und damit der Lebensraum von Menschen, die vom und im Wald leben, weiter mit dramatischer Geschwindigkeit vernichtet werden.

Bisher Unterzeichnende :

- 1) BREN,
- 2) CAPP, Indonesien,
- 3) Earthlink, Deutschland,
- 4) Environmental Investigation Agency (EIA),
- 5) Estonian Green Movement, Estland,
- 6) FERN, Brüssel,
- 7) Finnish ECA Reform Campaign, Finnland ,
- 8) Forest Monitor, Großbritannien,
- 9) Forest Peoples Programme, Großbritannien ,
- 10) Forests Monitor, Großbritannien,
- 11) Friends of the Earth, Finnland,
- 12) Friends of the Earth, Niederlande,
- 13) Friends of Siberian Forests, Russland,
- 14) Greenpeace International,
- 15) Pro Regenwald, Deutschland,
- 16) REM, Großbritannien,
- 17) Sawitwatch Indonesien,
- 18) Sibecocentrem Russland,
- 19) SPOK, Russland,
- 20) WALHI (Friends of the Earth Indonesien),
- 21) Worldforests, Schottland
- 22) WWF International
- 23)